dbb beamtenbund und tarifunion

Friedrichstraße 169/170
D-10117 Berlin

Verantwortliche Redakteurin
Cornelia Krüger

Telefon 030.40 81-55 60
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Nr. 31 **21. August 2014**

aktuell

Inhalt

Öffentlicher Dienst mit höchster Wochenarbeitszeit+++
dbb bundesseniorenvertretung im Gespräch mit PKV-Spitze: Altersdiskriminierung beenden+++

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Stich: Auch Beamte müssen profitieren+++
Einheitliche Renten ab 2020? – Ostdeutsche Rentner mussten lange auf Anerkennung ihrer Lebensleistung warten+++
Eigenthaler fordert Abschaffung des Sperrvermerks bei Kirchensteuer auf Kapitaleinkünfte+++
GDL lehnt Tarifkartell ab+++
DPVKOM: Gute Arbeitsqualität hat ihren Preis+++
DPolG will mehr Maßnahmen gegen Falschfahrten auf Autobahnen+++
BLBS: Gespartes Geld für MINT-Berufe einsetzen+++

Namen und Nachrichten+++

Erscheint wöchentlich
Nachdruck honorarfrei
Quellenangaben erbeten

Öffentlicher Dienst mit höchster Wochenarbeitszeit

(dbb) Der öffentliche Dienst liegt im Branchenvergleich deutschlandweit an der Spitze bei der wöchentlichen Arbeitszeit. Zu diesem Ergebnis kommt das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Hans-Böckler-Stiftung.

Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt sagte dazu am 20. August 2014 in Berlin: „Am Stammtisch wird immer noch gerne auf die ‚faulen Beamten' geschimpft. Aber diese Ergebnisse zeigen, dass es sich dabei eben doch um ein stumpfes Vorurteil handelt. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst verdienen Respekt für ihre Leistung."

„Um sich als attraktiver Arbeitgeber zu positionieren, sollte der öffentliche Dienst allerdings über eine Reform der Arbeitszeiten für seine Beschäftigten nachdenken", so Dauderstädt. Bei Bund, Ländern und Kommunen gebe es für Beamte und Angestellte immer noch unterschiedliche Arbeitszeiten von bis zu 42 Stunden, teilweise bei gleichen Gehältern für vergleichbare Tätigkeiten. „Ein Anfang wäre, im Bund die Wochenarbeitszeit von beiden Statusgruppen einheitlich auf 39 Stunden pro Woche festzusetzen", forderte der dbb Chef. (01/31/14)

dbb bundesseniorenvertretung im Gespräch mit PKV-Spitze: Altersdiskriminierung beenden

(dbb) Am 4. August 2014 ist der Vorsitzende der dbb bundesseniorenvertretung, Wolfgang Speck, mit dem Vorsitzenden des Verbandes der Privaten Krankenversicherung (PKV), Uwe Laue, und PKV-Geschäftsführer Dr. Volker Leienbach in Koblenz zu einem Meinungsaustausch über aktuelle seniorenpolitische Themen zusammengekommen.

Dabei sprach Speck die Probleme von Versorgungsempfängern durch Änderungen des Beihilferechts an. Diese Änderungen stellten sich meist als Beihilfe-Kürzungen heraus, und die daraus entstehenden Erstattungslücken könnten von den Betroffenen nicht oder zumindest nicht zu vertretbaren Kosten geschlossen werden. Dem PKV seien diese Probleme bekannt, so Laue, jedoch könne nicht in jedem Fall und von jedem Versicherer eine Lösung gefunden werden. Dazu seien die Probleme zu vielschichtig. Dies gelte insbesondere für die kleineren Versicherer. Dennoch sei dem PKV die Tragweite dieses Problems bewusst. In diesem Zusammenhang müsse auch berücksichtigt werden, dass Lösungen der Zustimmung der BAFin (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht) bedürften.

Desweiteren thematisierte Speck die Diskriminierung von Seniorinnen und Senioren bei der Vergabe von Krediten sowie bei Abschluss und Handhabung von Versicherungsverträgen. So würden manche Geldinstitute von 65Jährigen angebotene Sicherheiten für Kredite nur wegen des Alters nicht akzeptieren. Auch bei Fahrzeugversicherungen müssten ältere Menschen mit höheren Versicherungsprämien rechnen - und dies nicht nur beim Abschluss von Neuverträgen. Es komme auch vor, dass bei bestehenden Verträgen eine Beitragsanpassung nach oben nicht wegen allgemein geänderter Risiken, sondern allein wegen des Alters erfolge. Laue bestätigte, dass die Banken bei der Vergabe von Krediten an Seniorinnen und Senioren unterschiedlich agieren. Auch hier habe jedoch ein Umdenkungsprozess - vor dem Hintergrund der gestiegenen Lebenserwartung - begonnen.
(02/31/14)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Stich: Auch Beamte müssen profitieren

(dbb) „Die Verschlechterungen im Rentenrecht sind auf die Pensionäre übertragen worden. Deshalb sollten sie nun auch profitieren." Das schreibt Volker Stich, Vorsitzender des Beamtenbundes Baden-Württemberg (BBW) und dbb Vize, in einem Beitrag für die „Stuttgarter Zeitung" (Ausgabe vom 16. August 2014) zur Diskussion um die wirkungsgleiche Übertragung der jüngsten Rentenbeschlüsse auf die Beamten.

„Die wirkungsgleiche Übernahme der jüngsten Änderungen in der Rentenversicherung, insbesondere die Mütterrente und der abschlagsfreie Ruhestandseintritt nach 45 Arbeitsjahren, ist eine Frage der Gerechtigkeit", so Stich. „Schließlich können Veränderungen nicht nur in eine Richtung erfolgen. Der BBW hat die wirkungsgleiche Übernahme von Änderungen im Rentenversicherungsrecht unter Berücksichtigung der Besonderheiten und strukturellen Unterschiede zwischen Rente und Beamtenversorgung auf die eigenständige Beamtenversorgung stets mitgetragen: Das gilt für Einschnitte wie beispielsweise die Verlängerung der Lebensarbeitszeit durch das Dienstrechtsreformgesetz, die Einführung von Abschlägen oder die Anhebung der Altersgrenzen. Versorgungsberichte des Bundes und des Landes Baden-Württemberg sowie Landtagsdrucksachen bestätigen die mehrfache wirkungsgleiche Übertragung von Verschlechterungen im Rentenrecht auf die eigenständige Beamtenversorgung. Vor diesem Hintergrund verbietet sich auch eine Diskussion um eine Übertragung des sogenannten Nachhaltigkeitsfaktors."

Der BBW fordere, die Verbesserungen durch das jüngste Rentengesetz auf die Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger in Baden-Württemberg zu übertragen. „Nachdem bisher Verschlechterungen im Arbeitnehmerbereich wie etwa die allgemeinen Regelungen zur Niveauabsenkung der Renten, die Einführung von Abschlägen oder die Anhebung der Altersgrenzen wirkungsgleich auf die Beamtenschaft übertragen wurden, darf es nicht sein, dass die politischen Entscheidungsträger jetzt bei den Verbesserungen Zurückhaltung üben. Dafür hätten die Betroffenen keinerlei Verständnis." (03/31/14)

Einheitliche Renten ab 2020? – Ostdeutsche Rentner mussten lange auf Anerkennung ihrer Lebensleistung warten

(dbb) Bundeskanzlerin Angela Merkel hat eine Angleichung der Renten im Osten Deutschlands an das Westniveau ab 2020 angekündigt. Von dbb Landesbünden wurde dies als überfälliger Schritt bewertet, der für die Betroffenen „das Ende eines dann 30-jährigen Wartens auf die zustehende Anerkennung von Lebensleistung" bedeute.

„Erleben nach drei Wortbrüchen der Kanzlerin seit 2007 Betroffene 2020 doch noch die Deutsche (Renten-) Einheit?", fragte der Vorsitzende des dbb mecklenburg-vorpommern, Dietmar Knecht. Seit der Wende habe es „unzählige Möglichkeiten" gegeben, die Renten anzupassen. „Hoffentlich ist diese Ankündigung nicht nur der Tatsache geschuldet, dass in Brandenburg, Thüringen und Sachsen Landtagswahlen anstehen", sagte der dbb Landeschef. „Immerhin stand bereits im schwarz-gelben Koalitionsvertrag ein einheitliches Rentenrecht als Ziel vermerkt, so wie im aktuellen Koalitionsvertrag auch." Für viele Menschen komme die Botschaft zu spät.

Knecht verwies darauf, dass wegen fehlender Betriebsrenten, fehlender Rücklagen sowie geringen Erträgen aus Ostlebensversicherungen die Rente oft die einzige Einnahmequelle der heutigen Rentnergeneration in Ostdeutschland sei. Neben der Anhebung des Rentenwertes Ost sei auch die stärkere Kopplung der Renten an die Lohnentwicklung erforderlich. „Der Mittelstand, die Wirtschaft, alle sind auf die Kaufkraft der Rentnerinnen und Rentner angewiesen – gerade hier in unserem Bundesland, wo bald jeder Dritte über 65 sein wird", so Knecht.

Auch nach Auffassung von Wolfgang Ladebeck, dbb Landesvorsitzender in Sachsen-Anhalt, sind die Unterschiede im Rentenrecht

„ungerecht und nicht mehr zeitgemäß". Zur Herstellung gleichartiger Lebensverhältnisse gehörten eben auch gleiche Renten, so Ladebeck. „Renteneinheit 2020 bedeutet, dass die Ost-Rentner 30 Jahre auf die Anerkennung ihrer Lebensleistung warten mussten und auf dem Weg dorthin von der Politik allzu oft enttäuscht wurden." Auch Ladebeck zeigte sich kaum überrascht davon, dass „die frohe Botschaft unmittelbar vor den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg verkündet wird".

Die Renten in Ostdeutschland sollen nach den Worten von Merkels spätestens mit Auslaufen des Solidarpaktes Ende 2019 an das Westniveau angeglichen werden. „2020 soll die Renteneinheit erreicht sein", sagte Merkel der „Sächsischen Zeitung" (Ausgabe vom 13. August 2014). Die große Koalition werde bis 2017 ein Gesetz verabschieden, das den Fahrplan zur vollständigen Angleichung der Rentenwerte in Ost und West festlegt.
(04/31/14)

Eigenthaler fordert Abschaffung des Sperrvermerks bei Kirchensteuer auf Kapitaleinkünfte

(dbb) Mit Blick auf das anhaltende „Schwarzer-Peter-Spiel" zwischen Banken und Kirchen im Zusammenhang mit dem Abzug von Kirchensteuer bei Kapitalerträgen hat der Vorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) und dbb Vize Thomas Eigenthaler gefordert, die Möglichkeit eines so genannten Sperrvermerks umgehend wieder abzuschaffen. „Dieser Sperrvermerk ist völlig unnötig und verschafft den Finanzämtern jede Menge Zusatzarbeit, ohne dass dies bei der Personalausstattung berücksichtigt wird", stellte Eigenthaler am 20. August 2014 fest.

Zuvor hatten Medien berichtet, dass bereits mehr als 375.000 Kirchenmitglieder den Sperrvermerk haben setzen lassen und ein weiterer Anstieg angesichts der anhaltenden Diskussion um die Einführung eines Kirchensteuerabzugs bei Kapitalerträgen zu erwarten sei.

Zum 1. Januar 2015 sind die Banken im Rahmen der Abgeltungssteuer verpflichtet, bei Mitgliedern der großen christlichen Kirchen auch die Kirchensteuer bei Kapitalerträgen einzubehalten (8 Prozent der 25-Prozent-Abgeltungssteuer in Bayern und Baden-Württemberg, in den anderen Bundesländern 9 Prozent). Allerdings können die Kirchenmitglieder diesen automatischen Einzug mittels des „Sperrvermerks" verhindern. Die Folge ist aber, dass die Banken diesen Sperrvermerk an das zuständige Finanzamt melden, so dass dann dort die Kirchensteuer auf die Kapitaleinkünfte nacherhoben werden muss.

Der DSTG-Vorsitzende bezeichnete dieses Verfahren als „absurd". Die Politik habe sich für ein anonymes Abgeltungssteuerverfahren entschieden, so dass in dieses Verfahren auch zwingend und ohne Sperrmöglichkeit die Kirchensteuer einzubeziehen sei, so Eigenthaler. Es sei „bürokratischer Unsinn", diese Verweigerer nun massenhaft ins Finanzamt zu treiben. „Über 375.000 Sperrvermerke bedeuten über 375.000 zusätzliche Überprüfungen im Finanzamt", machte Eigenthaler klar. „Das anonyme Abgeltungsverfahren wird damit ad absurdum geführt."
(05/31/14)

GDL lehnt Tarifkartell ab

(dbb) „Kooperationen sind grundsätzlich eine gute Sache, doch wenn sie auf ein Tarifkartell zu Lasten aller Gewerkschaftsmitglieder hinauslaufen, dann ist das mit uns nicht zu machen." Mit diesen Worten hat der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) und dbb Vize Claus Weselsky den Abbruch der Kooperationsverhandlungen zwischen GDL, Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) und der Deutschen Bahn (DB) am 18. August 2014 in Frankfurt am Main kommentiert.

Die von der DB entworfenen Vertragsgrundlagen sollten dazu dienen, dauerhaft Mitglieder erster und zweiter Klasse im Tarifgeschäft zu fixieren, so die GDL. „Das hat die EVG nicht davon abgehalten, die Papiere des Arbeitgebers als ‚Schritt in die richtige Richtung' zu bewerten, um die GDL damit faktisch in Zukunft in Abstimmungsprozesse zu zwingen und schlussendlich mittels des Mehrheitsprinzips das alleinige Sagen zu haben. Wie schon oft in der Vergangenheit sind sich Arbeitgeber und EVG einig gegen die GDL und die Interessen der GDL-Mitglieder. Es wurde nichts unversucht gelassen, um Tarifpluralität auszuschalten und Tarifeinheit herzustellen. Das heißt nichts anderes als gezielte Umgehung von Pluralität und Wettbewerb, Schaffung eines Tarifkartells zu Lasten der Lokomotivführer und Zugbegleiter in diesem Land", heißt es weiter in der Mitteilung.

„Wir sind nicht bereit, die umfassende tarifpolitische Zuständigkeit gleichermaßen für alle unsere Mitglieder an der Garderobe abzugeben, um uns, noch bevor Tarifverhandlungen überhaupt beginnen, in Abstimmungsprozessen über die Frage, wer denn nun für was die Regelungskompetenz und die Tarifmacht hat, zu zermürben," erklärte Weselsky. „Den Vorwurf der Arbeitgeberseite, Tarifpluralität festschreiben zu wollen, betrachten wir als pure Augenwischerei. Tarifpluralität wurde nicht umsonst vom Bundesarbeitsgericht in 2010 als der Normalfall entschieden, heißt nichts anderes als Wettbewerb – und das ist kein Schimpfwort. Im Gegenteil, Wettbewerb bildet die Grundlage unseres Wirtschaftslebens und ist der Motor für Fortschritt und Verbesserungen."
(06/31/14)

DPVKOM: Gute Arbeitsqualität hat ihren Preis

(dbb) Die Auftraggeber von Postdienstleistungen müssen sich darüber im Klaren sein, dass hochwertige Logistikdienstleistungen und eine gute Arbeitsqualität nicht umsonst zu haben sind, sondern ihren Preis haben. Darauf hat der DPVKOM-Bundesvorsitzende Volker Geyer in einem Meinungsaustausch mit dem Vorstand des Deutschen Verbandes für Post, Informationstechnologie und Telekommunikation e.V. (DVPT), Johannes Offermann, am 14. August 2014 in Bonn hingewiesen.

Absender, seien es Privatpersonen oder Unternehmen, sollten bei der Auswahl des Logistikunternehmens auch darauf achten, ob der jeweilige Anbieter die Mitarbeiter zu vernünftigen Arbeitsbedingungen beschäftige und Sozial- sowie Umweltstandards einhalte. Geyer appellierte an den DVPT, der sich selbst als Anwenderfachverband und Verbraucherschutzorganisation bezeichnet, regelmäßig darauf hinzuweisen. Der Forderung des DPVKOM-Bundesvorsitzenden, dass Beschäftigte in der Logistik- und Kommunikationsbranche von ihrer Hände Arbeit leben können müssen, stimmte der DVPT-Vorstand uneingeschränkt zu.
(07/31/14)

DPolG will mehr Maßnahmen gegen Falschfahrten auf Autobahnen

(dbb) Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) unterstützt den Vorschlag von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU), mehr gegen gefährliche Falschfahrten auf Autobahnen zu unternehmen. Die hohe Zahl von Falschfahrten, pro Jahr sind es laut ADAC zwischen 2.400 und 2.700, müsse zu konkreten Gegenmaßnahmen führen, forderte der Bundesvorsitzende der DPolG, Rainer Wendt, am 18. August 2014.

„Falschfahrten gefährden Menschenleben und müssen deshalb mit intelligenter Technik soweit es geht verhindert werden. Elektronische Warnsysteme, wie sie jetzt getestet werden sollen, sind ein richtiger Schritt, um Falschfahrer, die ungewollt in diese Situation geraten, zu warnen."

Deutschland steht laut Wendt noch am Anfang seiner Möglichkeiten, um Falschfahrten zu verhindern und vor Falschfahrern zu warnen.

Denkbar seien navigationsunterstützte optische und akustische Warnungen, Leuchteinrichtungen auf der Fahrbahn, in Leitpfosten oder am Fahrbahnrand sowie die gleichzeitige Warnung anderer Verkehrsteilnehmer und die automatische Alarmierung von Verkehrsleitzentralen durch das falsch fahrende Fahrzeug selbst.
„Leider sind erst zehn Prozent unserer Autobahnen mit elektronischen Schilderbrücken ausgestattet, mit deren Hilfe man den entgegenkommenden Verkehr optisch warnen und auf die ungefährlichere rechte Spur dirigieren könnte, auch da gibt es noch jede Menge zu investieren", stellte Wendt fest.
Wer als „Mutprobe" vorsätzlich die Autobahn in falscher Richtung benutze, dem müsse unmissverständlich klargemacht werden, dass damit eine schwere Straftat begangen und eine Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren riskiert werde.
(08/31/14)

BLBS: Gespartes Geld für MINT-Berufe einsetzen

(dbb) Bund und Länder haben im Jahr 2013 laut Statistischem Bundesamt rund 37 Millionen Euro bei den Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) sparen können.

„Die nach dem 25. BAföG-Änderungsgesetz für den August 2016 geplante Erhöhung ist sinnvoll und notwendig, aber wohin werden die gesparten 37 Millionen Euro investiert?", fragte dazu der Bundesvorsitzende des Bundesverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS), Eugen Straubinger.

Er verwies am 14. August 2014 auf den besonderen Bedarf der Wirtschaft in den MINT-Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik). „Die Schüler werden meist an Berufsoberschulen, Wirtschaftsoberschulen, Fachschulen oder Berufsfachschulen unterrichtet und wohnen oft altersbedingt auswärts", so Straubinger. „Hier können die eingesparten 37 Millionen Euro sofort eingesetzt und damit die geplante Erhöhung der Voll- und Teilförderung umgesetzt werden. Das gilt natürlich ebenso für die Studierenden in den MINT-Berufen. Die werden besonders gebraucht."
(09/31/14)

Namen und Nachrichten

(dbb) Für eine „Abschaffung" der politischen Beamten hat **Rainer Wendt**, Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), plädiert. In einem Beitrag für den „Behörden Spiegel" (Ausgabe August 2014) begründete Wendt seine Forderung mit der grundsätzlichen Loyalitätsvermutung, die alle Beamtinnen und Beamten zu Spitzenjobs befähige. „Das Loyalitätsversprechen gegenüber dem Dienstherrn ist ein Wesensmerkmal des Beamtenstatus'", so Wendt. Seltsamerweise gelte diese Loyalitätsvermutung jedoch nicht mehr, je höher man an die Spitze einer Behörde aufsteige. Dort würde politisch entschieden. Die Parteien hätten sich die Spitze des öffentlichen Dienstes auf diesem Wege zur Beute gemacht. Wendt befürchtet zudem eine Ausdehnung des Instituts des politischen Beamten auf die Justiz: „Ziemlich unverhohlen drohen hohe Politiker damit, künftig auch Richter parteipolitisch bestimmen zu wollen." Er fordere deshalb die Abschaffung der politischen Beamten, so Wendt.

Die DPolG Bundespolizeigewerkschaft hat die Belastung der Bundespolizei durch Fußballeinsätze als „nicht mehr tragbar" bezeichnet. Allein in der Saison 2012/2013 seien dafür im Aufgabenbereich der Bundespolizei 38 Millionen Euro angefallen. Insgesamt seien 110.954 Bundespolizisten zur Begleitung von knapp 3,3 Millionen Fußballfans bei Reisen mit der Bahn eingesetzt worden. Dies ist ein Anstieg um elf Prozent gegenüber dem Vorjahr. Gewaltdelikte von Fußballrowdys nehmen dabei immer mehr zu, so sei deren Zahl laut Bundespolizeipräsidium allein in der vergangenen Saison um 14 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. „Wir haben seit Jahren gewarnt und Lösungsvorschläge unterbreitet", so der stellvertreten-

de Vorsitzende der DPolG Bundespolizeigewerkschaft **Horst Pawlik** am 15. August 2014. „Die physischen und psychischen Belastungen für die Einsatzkräfte der Bundespolizei sind enorm und müssen endlich abgebaut werden."

„Schulen müssen so konzipiert und gebaut sein, dass die Räumlichkeiten den Anforderungen entsprechen, die durch immer heterogener werdende Lerngruppen entstehen." Das sagte der Vorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), **Udo Beckmann**, anlässlich der Vorstellung von Leitlinien für leistungsfähige Schulbauten. Diese wurden vom VBE gemeinsam mit dem Bund Deutscher Architekten und der Montag Stiftung Urbane Räume und Jugend und Gesellschaft entwickelt und am 13. August 2014 präsentiert. Die Leitlinien sollen allen an Schule Beteiligten helfen, ein optimales Lern- und Lehrklima zu ermöglichen. Viele Schulen seien noch für große Klassen konzipiert, in denen weitgehend frontal unterrichtet wurde, so Beckmann. „Das passt nicht mehr in Zeiten des längeren gemeinsamen Lernens und der individuellen Förderung."

Am 21. Juli 2014 ist **Hansgeorg Kaiser** im Alter von 89 Jahren in Düsseldorf-Ratingen verstorben. Er war von 1964 bis 1972 Bundesvorsitzender des Bundes Deutscher Forstleute (BDF) und zeitgleich auch Mitglied im dbb Bundeshauptvorstand. Der BDF verliere einen seiner Gründungsväter, erklärte der Bundesvorsitzende Hans Jacobs. Kaiser habe in seiner Amtszeit an der Spitze des 1949 gegründeten BDF Berufsverbandes das in ihn gesetzte Vertrauen erfüllt und den begonnenen Zusammenschluss von Forstleuten aller Sparten, Laufbahnen und Besitzarten erfolgreich vorangebracht. „Mich hat außerordentlich fasziniert, wie intensiv Hansgeorg Kaiser bis ins hohe Alter die forstpolitischen Entwicklungen begleitet hat und diese auch in den Gesprächen für den BDF und seine Mitglieder beleuchtete. Er wird sicher noch viele Jahre Teil unserer Erinnerungen bleiben", würdigte Jacobs den Verstorbenen.
(10/31/14)